

Integrationsplan Stadt Plochingen
Eins werden in Vielfalt:
Perspektiven für die Integrationsarbeit der Stadt Plochingen

Präambel

In Plochingen wird Zusammenhalt gelebt – im öffentlich-gesellschaftlichen Leben am Arbeitsplatz, in Vereinen, Kirchen, und der Nachbarschaft. Dieses Gemeinschaftsgefühl ermöglicht ein friedliches und gutes Zusammenleben unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Religion oder politischer Weltanschauung.

Als städtische Gemeinschaft von Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen, Kirchen und Organisationen sowie in Unternehmen und Verwaltung wollen wir uns der Herausforderung stellen, dieses gute Zusammenleben für die Zukunft zu erhalten. Gemeinsam treten wir daher dafür ein, dass jede Bürgerin und jeder Bürger die gleichen Chancen erhält und seinen Bedürfnissen entsprechend unterstützt wird.

Integration bedeutet für uns kulturelle Schwellen zwischen den Bürgerinnen und Bürgern unterschiedlichster Herkunft abzubauen und Begegnungen in gegenseitigem Respekt und auf Augenhöhe zu fördern. Dabei gilt es die bestehenden Werte der Gemeinschaft zu respektieren, zu fördern und sich dennoch auch für neue Impulse zu öffnen. So kann bewährtes bewahrt werden, neue Perspektiven eröffnet und die städtische Gemeinschaft gestärkt werden.

Status Quo

Seit Beginn des Jahres 2017 hat sich der Schwerpunkt der Flüchtlingsarbeit verstärkt auf die Anschlussunterbringung verschoben. Die Herausforderungen und Bedarfe in den Anschlussunterbringungen sind oftmals anders gelagert, müssen langfristig bewältigt werden und sind vergleichbar mit der Migranten- und Sozialarbeit. Die bisherige Flüchtlings- und Migrationsarbeit muss daher überprüft, Strukturen angepasst und Angebote gegebenenfalls erweitert werden. Die sich verändernde Situation erfordert von allen Akteuren – ganz gleich ob Haupt- oder Ehrenamt – neue Handlungsstrategien. Das vorliegende Konzept soll diese Handlungsfelder erkennen und mit konkreten Maßnahmen adressieren. Ziel der Bestandsaufnahme und –analyse ist daher eine Anpassung der bestehenden Ressourcen unter Berücksichtigung der neuen Herausforderungen und unter der Prämisse, bestehendes zu erhalten und wenn nötig zu optimieren.

SWOT-Analyse Integration von Flüchtlingen und Migranten in Plochingen:

Stärken: <ul style="list-style-type: none">• Starkes Ehrenamt• Umsichtiges Hauptamt• Umfassende Planung auf Landkreisebene<ul style="list-style-type: none">○ Integrationsmanagement○ Gut aufgestellte Projekte auf Kreisebene• Strukturell gut aufgestellte Verwaltung mit Problembewusstsein• Gute Zusammenarbeit mit AWO und anderen Akteuren• Vitales Vereinsleben	Schwächen: <ul style="list-style-type: none">• Abhängigkeit von Landratsamt und Land• Derzeit teils noch unklare Zuständigkeiten• Zu wenig dezentraler und bezahlbarer Wohnraum• Interessensvertretung von Flüchtlingen wird von Dritten wahrgenommen• Kein zentraler Vernetzungsort für Bürger, Engagierte und Betroffene• Kein gemeinsamer Integrationsbegriff
Chancen: <ul style="list-style-type: none">• Stärkung der kulturellen Vielfalt und Vereine• Gestalterische Möglichkeiten• Bürgerschaftliches Engagement durch Bufdi-Stelle ermöglichen• Gemeinsame Zielsetzung der Gesellschaft	Risiken: <ul style="list-style-type: none">• Entstehung eines sozialen Brennpunkts im Filsweg• Kippen der Stimmung in der Plochinger Bürgerschaft• Rückgang des ehrenamtlichen Engagements• Entstehung von Doppelstrukturen und damit verbunden Mehrarbeit

Handlungsfeldanalyse /-beschreibung

1. Handlungsfeld: **Gemeinsamer Integrationsbegriff**
Das Verständnis von Integration ist je nach Perspektive unterschiedlich. Dennoch benötigt Integration einen gemeinsamen Nenner der den Akteuren eine Orientierung für das tägliche Handeln gibt. Es gilt daher einen gemeinsamen Integrationsbegriff zu formulieren der das städtische und gesellschaftliche Handeln leitet.
2. Handlungsfeld: **Beratung und Betreuung**
Für die Integration ist eine ganzheitliche Beratung und Betreuung von zentraler Bedeutung. Die Beratungsangebote müssen dabei unterschiedlichen Aufenthaltsstatus (gestattet, geduldet, anerkannt) sowie Bedürfnisse gerecht werden. Die Betreuung muss sollte daher individuell unterschiedlich gehandhabt werden können. Um dies zu gewährleisten, müssen die vorhandenen Angebote gut abgestimmt werden und zusammenarbeiten.
3. Handlungsfeld: **Begegnungs- und Vernetzungsort**
Die Begegnung von Menschen mit und ohne Migrations- bzw. Fluchterfahrungen sowie eine einheitliche und gut abgestimmte Beratung sind für eine gelingende Integration von wesentlicher Bedeutung. Diese Begegnungen sollten daher stärker gefördert werden und unter Einbeziehung von bereits bestehenden Angeboten stattfinden können. Des Weiteren ist eine Zusammenführung bestehender Beratungsangebote im Sinne einer nahtlosen und guten Abstimmung anzustreben.
4. Handlungsfeld: **Wohnraum**
Die dezentrale Unterbringung von Geflüchteten in privatem Wohnraum stellt einen der wesentlichen Erfolgsfaktoren einer gelingenden Integration dar. So kann einer Brennpunktbildung entgegengewirkt und soziale Kontakte zur restlichen Bevölkerung aufgebaut werden. Es gilt daher weiteren privaten und preisgünstigen Wohnraum zu erschließen und diesen langfristig nutzbar zu machen. Zugleich muss aufgrund der angespannten Wohnraumsituation im Stadtgebiet Konflikten zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen vorgebeugt werden. Es gilt daher Strategien zu entwickeln, die der gesamten städtischen Gemeinschaft zuträglich sind.
5. Handlungsfeld: **Gesamtgesellschaftliche Vernetzung**
Die bisherige „Steuerungsgruppe“ des Lokalen Bündnis für Flüchtlinge Plochingen bedarf einer strukturellen Weiterentwicklung. Inhaltlich befasst sich die Gruppe überwiegend mit fallbezogenen Fragestellungen und den operativen Herausforderungen der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern. Die gesamtgesellschaftliche Vernetzung, wie ursprünglich geplant hat sich nicht verstetigt. Die Schaffung einer neuen Struktur, die sich der migrations- und integrationspolitischen Themen auf kommunaler Ebene annimmt erscheint daher sinnvoll.
6. Handlungsfeld: **Neuaustrichtung des ehrenamtlichen Engagements**
Die veränderte Situation in den Flüchtlingsunterkünften sowie die lange Dauer und hohe Belastung der Engagierten haben bereits heute zu einem Rückgang des ehrenamtlichen Engagements geführt. Durch diese Veränderungen in der vorläufigen Unterbringung ist zu befürchten, dass die ehrenamtlichen Aktivitäten nachlassen werden. Ehrenamtliche Aktivitäten sollten daher umgelenkt und strategisch neu ausgerichtet werden.
7. Handlungsfeld: **Interkulturelle Öffnung der Verwaltung**
Die Stadtverwaltung sieht in der Beschäftigung von qualifizierten Migranten eine Chance, dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken. Sie sieht auch Ihre Vorbildfunktion als Arbeitgeber.

Handlungsfeldbezogene Maßnahmen:

1. Handlungsfeld: Integrationsbegriff

Das Verständnis von Integration ist je nach Perspektive und persönlicher Geschichte von Mensch zu Mensch unterschiedlich. Integration benötigt aber einen gemeinsamen Nenner, der den Akteuren eine Orientierung für das tägliche Handeln gibt. Es gilt daher einen gemeinsamen Integrationsbegriff zu formulieren der das städtische und gesellschaftliche Handeln leitet.

Die diesen Ausführungen vorangestellte Präambel formuliert ein gemeinsamen Integrationsbegriff der die öffentliche und private Integrationsarbeit anleiten kann. Er wurde auf Basis der im kommunalen Flüchtlingsdialog eingebrachten Vorschläge und Anregungen formuliert und soll in Zukunft die Integrationsarbeit in Plochingen anleiten.

„In Plochingen wird Zusammenhalt gelebt – im öffentlich-gesellschaftlichen Leben am Arbeitsplatz, in Vereinen, Kirchen, und der Nachbarschaft. Dieses Gemeinschaftsgefühl ermöglicht ein friedliches und gutes Zusammenleben unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Religion oder politischer Weltanschauung.

Als städtische Gemeinschaft von Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen, Kirchen und Organisationen sowie in Unternehmen und Verwaltung wollen wir uns der Herausforderung stellen, dieses gute Zusammenleben für die Zukunft zu erhalten. Gemeinsam treten wir daher dafür ein, dass jede Bürgerin und jeder Bürger die gleichen Chancen erhält und seinen Bedürfnissen entsprechend unterstützt wird.

Integration bedeutet für uns kulturelle Schwellen zwischen den Bürgerinnen und Bürgern unterschiedlichster Herkunft abzubauen und Begegnungen in gegenseitigem Respekt und auf Augenhöhe zu fördern. Dabei gilt es die bestehenden Werte der Gemeinschaft zu respektieren, zu fördern und sich dennoch auch für neue Impulse zu öffnen. So kann bewährtes bewahrt werden, neue Perspektiven eröffnet und die städtische Gemeinschaft gestärkt werden.“

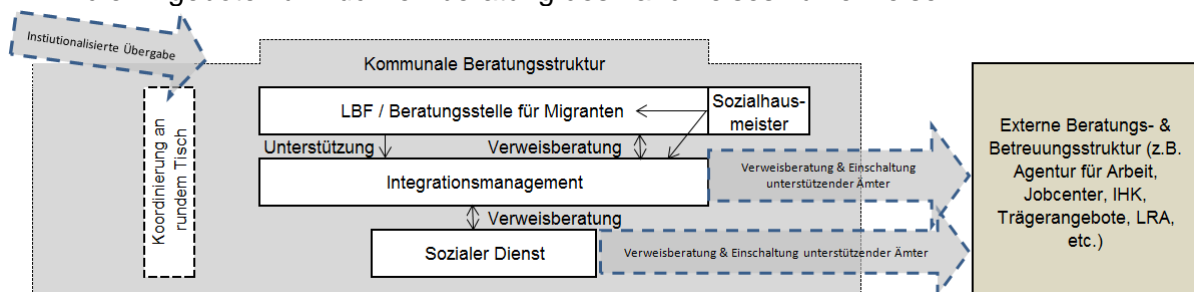
2. Handlungsfeld: Beratung und Betreuung

Für die Integration ist eine ganzheitliche Beratung und Betreuung von zentraler Bedeutung. Die Beratungsangebote müssen dabei unterschiedlichen Aufenthaltsstatus (gestattet, geduldet, anerkannt) sowie Bedürfnisse gerecht werden. Die Betreuung muss sollte daher individuell unterschiedlich gehandhabt werden können. Um dies zu gewährleisten, müssen die vorhandenen Angebote gut abgestimmt werden und zusammenarbeiten.

Das übergeordnete Ziel der Beratungsangebote muss immer das Erreichen einer Unabhängigkeit von staatlichen Leistungen und damit zusammenhängend ein Selbstbestimmtes Leben sein. Die Vielfalt an Angeboten und Projekten für Migranten mit und ohne Fluchterfahrung ist im Landkreis Esslingen dahingehend grundsätzlich als ausreichend zu erachten. Kreisweit gibt es eine Vielzahl an Projekten und Regelleistungen zu nahezu allen Lebensbereichen. Oftmals sind diese Angebote aber nicht, oder nicht ausreichend bekannt. Es gilt daher die bestehenden Angebote stärker zu vernetzen und vor Ort bekannt zu machen.

Das, vom Land Baden-Württemberg geförderte, Integrationsmanagement wird dabei künftig einen zentralen Baustein für Menschen mit Fluchterfahrung darstellen und fallbezogene Beratungen durchführen. Eine der Aufgaben wird es sein, auf Fachberatungsstellen zu verweisen (Verweisberatung) und diese dadurch bekannt zu machen. Durch die sich damit erhöhte Dichte an Beratungsangeboten vor Ort kommt einer enge Abstimmung und Koordination der lokalen Angebote und Maßnahmen eine wesentliche Bedeutung zu. Die Aufgaben¹ und Zuständigkeiten der einzelnen Akteure müssen daher klar abgegrenzt und dennoch gut vernetzt werden.

Einen wesentlichen Erfolgsfaktor für eine gelingende Integration und nahtlose Unterstützung stellt daher auch die Übergabe der Einzelfälle durch die Betreuungsstrukturen in den Gemeinschaftsunterkünften in die regionalen und kommunalen Betreuungs- und Beratungsstrukturen (Integrationsmanagement, Sozialer Dienst, LBF, etc.) dar. Diese Übergabe muss klar strukturiert und gewissenhaft durchgeführt werden. Dabei gilt es, für alle betroffenen Personen die Bedarfe zu erheben und in der Folge schnellst möglich ein geeignetes Beratungs- und Unterstützungsangebot zu unterbreiten. Durch die Einrichtung eines lokalen runden Tisches können diese fallbezogene Maßnahmen vor Ort abgestimmt, zielgerichtet und ohne Doppelarbeit durchgeführt werden. Zukünftig wird dabei die Frage wie Personen betreut und unterstützt werden, deren Aufenthaltsstatus zum Zeitpunkt der Zuweisung noch ungeklärt ist bzw. deren Bleibeperspektive als gering eingestuft wird, an Relevanz gewinnen. In diesen Fällen ist gegebenenfalls auch auf die Angebote zur Rückkehrberatung des Landkreises zu verweisen.



¹ Der Aufgabenkatalog des Integrationsmanagements kann der Rahmenkonzeption „Sozialbetreuung und Integrationsmanagement“ (Anlage 1) des Landkreises sowie der zugehörigen Verwaltungsvorschrift (Anlage 2) entnommen werden.

Wesentlich wird es künftig sein, die zentral untergebrachten Personengruppen sozialverträglich zu begleiten und mögliche Problemlagen zeitnah zu erkennen und im Beratungs- bzw. Betreuungsverbund zu lösen. Im Falle der dezentralen Unterbringung ist eine frühzeitige Ansprache und Aktivierung der betreffenden Personen ein wichtiger Bestandteil einer gelingenden Integration. Dadurch ist sicherzustellen, dass die betroffenen Personen Zugang zu den kommunalen Beratungsstrukturen finden und entsprechend ihrer Bedürfnisse unterstützt werden können.

Ein besonderes Augenmerk muss aber auf die Betreuung der zentralen Unterkünfte gelegt werden. Diese muss sichtbar und zuverlässig durchgeführt werden um Problemlagen frühzeitig zu erkennen und in der Folge im Beratungsverbund Lösungen zu erarbeiten. Dabei sind nicht nur die Bewohner der Gebäude selbst mit einzubeziehen, sondern vor allem auch die Anwohner in der unmittelbaren Umgebung. Das Betreuungspersonal sollte sich daher in erster Linie als Ansprechpartner für Bewohner und Anwohner sowie als direktes Bindeglied zu Stadtverwaltung und weitergehenden Unterstützungsangeboten verstehen. Diese Aufgaben werden künftig durch einen „Sozialhausmeister“ übernommen werden. Die entsprechende Stelle wurde ab April 2018 besetzt sein. Es ist vorgesehen, dass sich der Stelleninhaber noch vor Bezug der Unterkunft bei den Anwohnern bekannt macht. Nach Inbetriebnahme der Unterkunft, wird der Stelleninhaber mehrfach in der Woche präsent und in Notfällen auch außerhalb der Präsenzzeiten ansprechbar sein.

Maßnahmen:

- Erstellen einer schriftliche Information über Ansprechpartner und Beratungsangebote vor Ort
 - als Beiblatt bei Einweisungen
 - als Informationsblatt bei Anmeldung
- Etablieren einer persönliche Erstansprache bei Ein-/Zuweisung durch Integrationsmanagement und / oder Ehrenamt
- Einrichten eines Jour-Fixe / Runden Tisch aller lokal beteiligten Akteure zur Koordinierung der fallbezogenen Maßnahmen und lokalen Projekte. Bei Bedarf können regionale Beratungsstellen (Jugendamt, Jobcenter, etc.) einbezogen werden.
- Erstellung eines verbindlichen Beratungsrasters zur Koordination und Erfassung der Maßnahmen in Anlehnung an die Integrationsvereinbarung des Integrationsmanagements
- Betreuung der Unterkunft „Filsweg 7“ durch einen „Sozialhausmeister“
- Frühzeitige Information der Anwohner durch Informationsblatt / Infoveranstaltung

3. Handlungsfeld: Begegnungs- und Vernetzungsort

Die Begegnung von Menschen mit und ohne Migrations- bzw. Fluchterfahrungen sowie eine einheitliche und gut abgestimmte Beratung sind für eine gelingende Integration von wesentlicher Bedeutung. Diese Begegnungen sollten daher stärker gefördert werden und unter Einbeziehung von bereits bestehenden Angeboten stattfinden können.

Zusätzlich besteht durch die Einrichtung des kommunalen Integrationsmanagements weiterer Platzbedarf und ist eine Zusammenführung bestehender Beratungsangebote im Sinne einer nahtlosen und guten Abstimmung anzustreben.

Die unter Punkt 2 angeregte engen Vernetzung der einzelnen Beratungsangebote vor Ort, kann durch eine weitere räumliche Zentralisierung bereits bestehenden kommunaler Beratungsangebote weiter gefördert und unterstützt werden. Dabei werden keine Doppelstrukturen aufgebaut sondern vielmehr die bestehenden Angebote gestützt und durch eine räumliche Zentralisierung effektiver gestaltet. Durch die Schaffung einer zentralen Anlaufstelle können sich die einzelnen vor Ort tätigen Akteure laufend abstimmen und eine mögliche Doppelarbeit wird vermieden. Insbesondere die Zusammenarbeit von Integrationsmanagement, kommunalem Haupt- und Ehrenamt kann somit gestärkt und reibungsloser gestaltet werden. Dieses Angebot soll mit den bestehenden, dezentralen Angeboten abgestimmt und vernetzt werden.

Durch die Bereitstellung von zentral gelegenen Räumlichkeiten im Innenstadtbereich kann das Themenfeld Integration und Migration zudem stärker in die öffentliche Wahrnehmung gerückt werden und im Stadtbild sichtbar gemacht werden. Die Konzeption eines derartigen Zentrums wird sich daher auch nicht ausschließlich an Geflüchtete richten, sondern vielmehr allen Bürgerinnen und Bürgern offenstehen um einen kulturellen Austausch im Rahmen von Vorträgen, Veranstaltungen und gemeinsamen Aktionen zu fördern.

Die Projektlaufzeit sollte zunächst an die Dauer des Integrationsmanagements gekoppelt werden.

Grundvoraussetzung ist dabei ein öffentlich gut zugängliches sowie nach Möglichkeit barrierefreies Objekt im Innenstadtbereich, welches über ausreichende Flächen zur Einrichtung von

- Büroräumlichkeiten
- Besprechungsraum
- einer Veranstaltungsfläche
- sowie Räumlichkeit zur Verlegung der Kleiderkammer und der Einrichtung einer Lagermöglichkeit für gespendete Möbel

verfügt.

Maßnahmen:

- Zeitnahe Einrichtung einer zentralen Beratungsstelle als erste Anlaufstelle für Migranten und Menschen mit Fluchterfahrung.
- Verstetigung und Schaffung von weitere interaktiven Angeboten wie dem Begegnungscafé des Lokalen Bündnis Flüchtlinge.

4. Handlungsfeld: Wohnraum

Die dezentrale Unterbringung von Geflüchteten in privatem Wohnraum stellt einen der wesentlichen Erfolgsfaktoren einer gelingenden Integration dar. So kann einer Brennpunktbildung entgegengewirkt und soziale Kontakte zur restlichen Bevölkerung aufgebaut werden. Es gilt daher weiteren privaten und preisgünstigen Wohnraum zu erschließen und diesen langfristig nutzbar zu machen. Zugleich muss aufgrund der angespannten Wohnraumsituation im Stadtgebiet Konflikten zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen vorgebeugt werden. Es gilt daher Strategien zu entwickeln, die der gesamten städtischen Gemeinschaft zuträglich sind.

Durch die Anmietung von mehreren Wohneinheiten im ehemaligen Schwesternwohnheim sowie der absehbaren Fertigstellung der Unterkunft „Filsweg 7“ konnten bzw. können die Unterbringungsverpflichtungen in den Jahren 2017 / 2018 voraussichtlich erfüllt werden. Für die Jahre 2019 ff. ist aber abzusehen, dass Wohnraum fehlen wird. Das mittel- und langfristige Ziel der Integrationsbemühungen muss daher die Vermittlung von privatem Wohnraum an Geflüchtete sein um Kapazitäten zur Erreichung der Unterbringungsverpflichtungen zu schaffen. Zusätzlich wird durch eine dezentrale Unterbringung in privatem Wohnraum die Akzeptanz in der Bürgerschaft erhöht, die Integration und Teilhabe verbessert und zu ehrenamtlichem, nachbarschaftlichem Engagement ermutigt. Zusätzlich fehlt für einkommensschwache Menschen und kinderreiche Familien angemessener und bezahlbarer Wohnraum. Eine Wohnraumstrategie ist daher so anzulegen, dass soziale Spannungen vermieden werden können und alle betroffenen Gruppen von einer kommunalen Wohnraumstrategie profitieren können.

In Baden-Württemberg gibt es bereits mehrere solcher kommunalen Programme, z.B. in Konstanz und Schwäbisch Gmünd, die sich in einem landesweiten Aktionsbündnis zusammenschließen werden. Durch das Programm RAUMTEILER unterstützt der Städtetag Baden-Württemberg gemeinsam mit der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung Kommunen und Ehrenamtliche bei ihren Bemühungen privaten Wohnraum zu finden. Das Bündnis RAUMTEILER dient dabei als landesweite Vernetzungs- und Unterstützungsplattform um Akteure zu vernetzen, einen Ideenaustausch zu ermöglichen und bei der konkreten Umsetzung einzelner Projekte zu unterstützen.

Maßnahmen:

- Prüfung einer möglichen Teilnahme am landesweiten Aktionsprogramm „RAUMTEILER“
- Schaffung einer geeigneten und zielführenden Kommunikationsstrategie zur Akquise von privatem Wohnraum
- Prüfung von finanziellen Anreizen bei Bereitstellung von privatem Wohnraum (z.B. durch Sanierungszuschüsse bei Gewährung von Belegungsrechten, Mietausfallgarantien o.ä.)
- Schaffung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Vermieter (Unterstützung bei Mietverträgen, Auswahl von Mietern)
- Auf- bzw. Ausbau einer Vermittlungs- und Unterstützungsstruktur für potentielle Mieter (Mietermatching)

5. Handlungsfeld: Gesamtgesellschaftliche Vernetzung

Die bisherige „Steuerungsgruppe“ des Lokalen Bündnis für Flüchtlinge Plochingen bedarf einer strukturellen Weiterentwicklung. Inhaltlich befasst sich die Gruppe überwiegend mit fallbezogenen Fragestellungen und den operativen Herausforderungen der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern. Die gesamtgesellschaftliche Vernetzung, wie ursprünglich geplant hat sich nicht verstetigt. Die Schaffung einer neuen Struktur, die sich der Migrations- und Integrationspolitischen Themen auf kommunaler Ebene annimmt erscheint daher sinnvoll.

Die Inhaltlichen Schwerpunkte der Steuerungsgruppensitzungen sind stark auf die Arbeit des Lokalen Bündnis für Flüchtlinge und konkrete Einzelfälle fokussiert. Eine Auseinandersetzung mit strategischen bzw. übergreifenden Themen findet kaum mehr statt. Andere Vertreter aus zivilgesellschaft und gesellschaftlichem Leben sowie der politischen Sphäre nehmen nicht mehr, oder nur sehr sporadisch teil. Eine Vernetzung zwischen den einzelnen Akteuren findet somit nicht mehr statt.

Durch die Einrichtung eines Beirats für Migration und Flüchtlinge unter Einbeziehung aller relevanten Akteure kann eine solche Vernetzung und inhaltliche Auseinandersetzung und Abstimmung wieder gefördert und intensiviert werden. In halbjährlich stattfindenden Sitzungen können grundlegende Themen erörtert und Projekte vorgestellt und angestoßen werden. Der Beirat sollte durch den Gemeinderat unverbindlich gehört und als zu befragendes Expertengremium anerkannt werden. Eine Einsetzung bzw. ein förmlicher Beschluss des Gremiums ist daher voraus zu setzen.

Die bisherige Funktion der Steuerungsgruppe des LBF kann durch die Sprechrunde übernommen werden und dem Austausch der ehrenamtlichen Aktiven gewidmet sein. Weiterhin sollte erwogen werden, das LBF in einen Verein zu überführen.

Maßnahmen:

- Auftrag des Gemeinderats an die Stadtverwaltung ein konkretes Konzept zur Einrichtung eines Beirats Integration/Migration zu erarbeiten.
- Beschlussfassung und Einsetzung des Beirates durch den Gemeinderat
- Überprüfung des rechtlichen Status des LBF und ggf. Gründung eines Vereins

6. Handlungsfeld: Neuausrichtung des ehrenamtlichen Engagements

Die veränderte Situation in den Flüchtlingsunterkünften sowie die lange Dauer und hohe Belastung der Engagierten haben bereits heute zu einem Rückgang des ehrenamtlichen Engagements geführt. Durch diese Veränderungen in der vorläufigen Unterbringung ist zu befürchten, dass die ehrenamtlichen Aktivitäten nachlassen werden. Ehrenamtliche Aktivitäten sollten daher umgelenkt und strategisch neu ausgerichtet werden.

Die veränderte Situation in den Flüchtlingsunterkünften sowie die lange Dauer und hohe Belastung der Engagierten haben bereits heute zu einem Rückgang des ehrenamtlichen Engagements geführt. Der Kreis der ehrenamtlich Aktiven beschränkt sich zwischenzeitlich auf einige wenige Personen, die die Hauptlast des Engagements tragen und den Personen, die sich in klar umrissenen Teilaufgaben oder auch in patenschaftlichen Begleitungen einzelner engagieren. Zwar hat sich die Situation – insbesondere für den Vorsitzenden – durch die Ehrenamtskoordination verbessert, dennoch muss festgestellt werden, dass sich im Vergleich zur Anfangszeit des LBF viele Personen wieder zurückgezogen haben, oder nicht nachhaltig aktiv geworden sind. Die Gewinnung weiterer ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer erscheint aber zum derzeitigen Zeitpunkt als überaus schwierig.

Das Ziel der Verwaltung muss es daher sein, das derzeitige Engagement zu verstetigen, durch eine Neuausrichtung zu stärken und durch geeignete Maßnahmen weitere Wertschätzung auszudrücken.

Maßnahmen:

- Gezielte Weiterentwicklung und Neuausrichtung des LBF mit Ergänzung der Tätigkeit auf Personen in der Anschlussunterbringung unter Mithilfe der Ehrenamtskoordination
- Gewinnung weiterer Bürger für ehrenamtliche Arbeit durch Einrichtung eines Patenschaftsprogramms
- Prüfung möglicher finanzieller Unterstützungsmaßnahmen für Ehrenamtliche bei Wahrnehmung von Aufgaben im Auftrag der Stadtverwaltung
- Organisatorische Weiterentwicklung durch Gründung eines Vereins.

7. Handlungsfeld Interkulturelle Öffnung der Verwaltung

Die Stadtverwaltung sieht in der Beschäftigung von qualifizierten Migranten eine Chance, dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken. Sie sieht auch Ihre Vorbildfunktion als Arbeitgeber.

Die Stadtverwaltung vertritt die Interessen der Bürgerinnen und Bürger nach innen wie auch nach außen. Dabei agiert die Stadtverwaltung als Dienstleister für die gesamte städtische Gemeinschaft. Vor diesem Hintergrund ist es ratsam sich den Herausforderungen der sich verändernden Gesellschaft anzupassen und darauf einzulassen. Schon heute beschäftigt die Stadtverwaltung zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund. Die Möglichkeiten sich weiter zu öffnen umfasst mehrere Ebenen. Neben verständlichen Prozessen, einer eindeutigen und angepassten Sprache sollte die Verwaltung neben den bereits angedachten Möglichkeiten prüfen, wo und in welchem Umfang Migranten in der Verwaltung beschäftigt werden können.

Maßnahmen:

- Beschäftigung von anerkannten Flüchtlingen je nach Qualifikation
 - Bauhof
 - Stadtverwaltung
 - Sozialstation / Kinderhäuser
- Schnittstellen die in häufigem Kontakt mit Migranten stehen sollten auf eine adäquate Kommunikation und verständliche Prozesse achten. Schriftverkehr und Formulare sollten daher auch im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten sprachlich angepasst und somit verständlicher gestaltet werden.
- Interkulturelle Schulung der Mitarbeiter an den Schnittstellen